

Vom Kopf auf die Füße stellen



Grüner Reader zur Bremer Schulentwicklung

Vom Kopf auf die Füße stellen

Reader zur
Bremer Schulentwicklung

Ergänzungsbeiträge

Herausgegeben von der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Bremen, im Juni 2008

Redaktion:

Matthias Makosch, Dr. Tobias Erzmann, Anja Stahmann

Titelbilder:

aussi97 „Sun in my morning“ / Photocase (li.)
judigrafie „Geringelt“ / Photocase (re.)

Satz:

Matthias Makosch

Farbdruck:

MEGAFLYER

Bezugsanschrift:

Fraktion *Bündnis 90/DIE GRÜNEN*

in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Tel.: 0421/30 11-0

Fax: 0421/30 11-250

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

Homepage: www.gruene-fraktion-bremen.de

INHALTSVERZEICHNIS

- Eine Schule für alle mit hohem Bildungsniveau für viele Kinder
Jutta Fernholz, Leiterin der Gesamtschule Mitte **Seite 1**
- 12-Punkte-Katalog des Landesverbandes Sonderpädagogik
zum Schulentwicklungsplan
Georg Schweppe und Stefanie Höfer, Vorsitzende des VdS **Seite 2**
- Eine Schule für alle – und danach?
Gerhard Martini, Leiter der Berufsschule für Metalltechnik **Seite 3**
- Mehr Gesamtschulen braucht das Land Bremen
Karlheinz Koke, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule **Seite 5**

Eine Schule für alle – egal, wie sie heißt – mit hohem Bildungsniveau für viele Kinder!



Seit vielen Jahren verlieren wir uns im Klein-Klein einer schulpolitischen Strukturdebatte, ohne gründlich die Ziele der Politik zu hinterfragen. Wenn wir uns wünschen, dass der Zugang zu Bildung und damit verbunden die Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Reichtum möglichst vielen Menschen ermöglicht wird, zeigen die Erfahrungen fast aller europäischen Nachbarn, dass gemeinsames Lernen in der Primar- und Sekundarstufe sehr erfolgreich ist. Dieses strukturell verankerte gemeinsame Lernen ist dort die Basis für eine nachhaltige umfassende Bildung der Jugend. Sie wird bei uns weder durch die Einführung eines 2-Säulen-Modells noch alleine durch integrative Gestaltungsprozesse in den Schulen erreicht

werden.

Seit über 30 Jahren arbeite ich in einem integrativen System, seit inzwischen fast 17 Jahren an der Gesamtschule Mitte (GSM). Viele Eltern wählen diese Schule für ihre Kinder. Auf den Leistungsstand bezogen können Klassen gebildet werden, die dem Leistungsbild der Grundschulklassen im Viertel entsprechen.

Grundlegend für die integrative Gestaltung des Unterrichts ist, dass die LehrerInnen verschiedene Rollen einnehmen: u.a. die der Lehrenden, der BeraterIn, der ModeratorIn von Lernprozessen und natürlich die der Lernenden – zusammen mit und auch von den SchülerInnen.

Nach meinen Erfahrungen an der GSM gehört auch zu den oben beschriebenen Rollen eine strukturelle Basis z.B. durch Lernentwicklungsberichte, gemeinsame Beratungstermine mit Eltern und SchülerInnen (Tischgruppenabende), binnendifferenziertes Arbeiten in allen Fächern oder Projekte, in denen den SchülerInnen Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden.

Das System „Schule“ muss ein lernendes System sein. Leichter gesagt als getan! Wir haben im letzten Schuljahr im Zusammenhang mit der Gestaltung eines Leitbildes einen Veränderungsprozess in Gang gesetzt. Daraus ergaben sich drei Entwicklungsschwerpunkte: das selbstständige Arbeiten der SchülerInnen, das Überschreiten von Jahrgangsgrenzen und die Entwicklung vom Fach zum Thema. Der Versuch, eine bestehende Schule zu verändern, ist von vielen Auseinandersetzungen und dem harten Ringen um den gemeinsamen Weg begleitet. Es gilt die „Schätze“ zu bewahren und Neues zu wagen. Im Gespräch ist die Einrichtung eines „Forschungsfeldes“ in der Abteilung an der Brokstraße mit Lernbüros, in denen selbstständiges Lernen von altersgemischten Gruppen stattfindet, einer Projektband und „Werkstätten“, die fakultativ angewählt werden können.

Grundsätzlich glauben wir, dass Kinder gerne gemeinsam lernen. Mit der von uns angestrebten größeren Individualisierung des Lernens und des Lerntempos wird eine Selektion von Kindern nach der Grundschule immer unsinniger. Statt Energie und Kraft in der Auseinandersetzung um Strukturmodelle zu verlieren, wäre es wünschenswert, wie im europäischen Ausland alle Kompetenzen zusammenzufassen, um einen hohen Bildungsstandard für viele Kinder zu erreichen.

Alle sonderpädagogischen Einrichtungen in Bremen werden ohne Ausnahme in den Prozess der Schulentwicklung einbezogen.

1. Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist originärer Auftrag der allgemeinen Regelschulen und nicht der Förderzentren. Ein entsprechender Auftrag muss für die Regelschulen verbindlich festgeschrieben werden (*siehe Bremisches Schulgesetz*)
2. Die Förderzentren erarbeiten mit den anderen allgemein bildenden Schulen der Region Konzepte zur sonderpädagogischen Förderung auf der Basis der Integration. Teil der Konzeption ist eine verbindliche Zeitschiene, die die Realisierung regelt.
3. Die Gestaltung der sonderpädagogischen Förderung wird **gemeinsame Aufgabe aller Schulen im Stadtteil** (allgemeine Schulen und Förderzentren), findet Eingang ins Schulprogramm und ist in die Jahresplanung aufzunehmen.
4. Die Finanzierbarkeit neuer Konzepte wird **vor** der Umsetzung geprüft.
5. Die Entwicklung eines neuen Schulkonzeptes für die sonderpädagogische Förderung orientiert sich an fachlich abgesicherten sonderpädagogischen Standards.
6. Alle Maßnahmen der Schulentwicklung müssen miteinander abgestimmt werden. Die Sonderpädagogik ist kein Anhängsel, das nebenher erledigt werden kann. Sogenannte „integrative

Konzepte“ sind besonders unter dem Aspekt einer verkappten Sparmaßnahme einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

7. Jede Neukonzeption für die sonderpädagogischen Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten ist nur dann sinnvoll und stellt eine Verbesserung der jetzigen Situation dar, wenn dies als gemeinsame Aufgabe der Ressorts Bildung und Soziales gesehen und aufgenommen wird. Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die längst einen wesentlichen Teil der aktiven Kinder- und Jugendbetreuung in Bremen übernommen haben, sind einzubeziehen.
8. Förderzentren bzw. zurzeit bestehende Kooperationen mit den Regelschulen bleiben so lange erhalten, bis ein fachlich mindestens gleichwertiges und mittelfristig finanziell abgesichertes Neukonzept vorliegt. Bereits bewährte Konzepte sollten dabei als Grundlage für Neukonzeptionen, die sich auf Modelle inklusiven Lernens und Lebens in der Schule beziehen, genutzt werden.
9. Sonderpädagogische Förderung beginnt so rechtzeitig wie möglich. Bereits im Kindergarten begonnene Maßnahmen, die nach dem Übergang in die Grundschule weiterhin notwendig sind, werden fortgeführt. Verwaltungsvorschriften dürfen dem nicht im Wege stehen.
10. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bleiben SchülerInnen der allgemeinen Schule.
11. Die sonderpädagogische Förderung bleibt haushaltstechnisch ein eigener Bereich. Die Sach- und Personalmittel sowie notwendige Rahmenbedingungen für die Unterrichtung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen gewährleistet sein. Der Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung für Kinder mit entsprechendem Förderbedarf wird gesetzlich festgeschrieben.
12. Ziel und Leitgedanke ist die Schule für **alle**, die unterschiedliche Formen des Förderns und Forderns bereithält. Die individuellen Voraussetzungen des einzelnen Kindes stehen im Mittelpunkt.



Eine Schule für alle – und danach?

Die Integration Jugendlicher in die Berufswelt ist ein äußerst schwieriger Prozess. Angefangen von der richtigen Berufswahl, der Ausbildungsplatzsuche bis hin zu der Entscheidung, doch erst noch einmal eine Fachschule zu besuchen. Das Durchschnittsalter in einer Berufsausbildung verschiebt sich immer weiter nach hinten – von durchschnittlich 16,5 (1970) hin zu 20 Jahren (2007).

Für viele SchülerInnen und Eltern kommt die Frage nach dem richtigen Beruf vielfach sehr überraschend und unterliegt sogar Modetrends. In Zeiten der Ein-Kind-Familie ist das Abitur das vorrangige schulische Ziel und bietet gleichzeitig eine gute Basis, um sich später für eine Berufsausbildung oder ein Studium zu entscheiden. Was ist aber, wenn der Königsweg (Abitur) nicht realistisch ist? Viele Bildungsexperten klammern diese Gedanken in der jetzigen Planungsphase der Schulentwicklung weitgehend aus.

Was sagen wir den Jugendlichen und deren Eltern

- wenn die gestiegenen Aus-/Bildungsansprüche höher sind als die erreichten Qualifikationen (Ausbildungsfähigkeit)?
- wenn Jugendliche mit Mitgrationshintergrund (50% aller Bremer Jugendlichen) keinen Ausbildungsplatz auf dem freien Markt finden, trotz aller gut gemeinten Empfehlungen und Integrationsabsichten?
- wenn neben den allgemeinen schulischen Defiziten auch Sozial- und Sprachkompetenzen nicht ausreichend entwickelt sind?
- wenn Jugendliche nach dem Besuch der Förderzentren nicht mehr für eine Berufsausbildung „nachqualifiziert“ werden können, weil entsprechende Schulformen (B/BFS) abgeschafft wurden? (40 Prozent aller Förderzentrenschüler besuchten in der Vergangenheit diese Schulform)

Die jetzt mit der Reform der Schulentwicklung eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Schulbildung, in der Primarstufe

beginnend, werden frühestens in 10 + X Jahren erste Früchte tragen können. Was aber geschieht in diesem Zeitraum? Werden die SchülerInnen mit der Umsetzung der neuen Schulentwicklung bessere SchülerInnen? Werden die „schulischen Reparaturwerkstätten Berufsschulen“ mit ihren „Übergangsschulformen“ in eine Berufsausbildung nicht mehr gebraucht und können somit abgeschafft werden?

Der Übergang von Schule in die Arbeitswelt muss mit in den Schulentwicklungsprozess eingebunden sein. Berufsausbildung kann nicht nur als reine Gewinnung von Arbeitskräften für die Wirtschaft angesehen und dieser überlassen werden, sondern muss eine gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Der direkte Übergang von Schule in eine qualifizierte Berufsausbildung leistet einen Beitrag zur Vermeidung von Armut. Sie fördert die Entwicklung beruflicher und persönlicher Identität und trägt damit zum beruflichen Engagement und zur gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen ganz entscheidend bei.

Wie aber bekommen Jugendliche ihre Chance, wenn ihre bisherigen schulischen Qualifikationen den direkten Weg in eine duale Ausbildung nicht ermöglichen?

Wege in die Berufswelt für Jugendliche, die unsere Unterstützung brauchen:

- SchülerInnen frühzeitig mit der realen Berufswelt konfrontieren, d.h. eine größere Überlappung von allgemeiner und beruflicher Bildung
- Schulformen mit qualifizierendem Abschluss an Berufsschulen, die den Ausbildungsansprüchen der Wirtschaft für eine Berufsausbildung entsprechen
- vollschulische Ausbildungsgänge mit Kammerabschluss, die der dualen Ausbildung entsprechen (z.B. an Produktionsschulen).

Fazit

Lernen in der Schule muss an qualifizierenden Arbeitsprozessen angebunden sein mit dem Ziel einer Berufsausbildung im dualen System oder in vollschulischen Bildungsgängen mit Kammerabschluss. Diese

Erkenntnisse müssen BildungspolitikerInnen und BehördenvertreterInnen in den derzeitigen Prozess der Schulentwicklung einbeziehen, wenn zukünftig die soziale und berufliche Integration junger Menschen mit besonderem Förderbedarf erfolgreich sein und die Kosten für Hartz IV u.a. kalkulierbar bleiben sollen.



Gemeinnützige

Gesellschaft

Gesamtschule

Gesamtschulverband

Mehr Gesamtschulen braucht das Land Bremen

Die Gesamtschule ist die Schulform der Zukunft. Denn sie ist am besten geeignet, das Bildungspotenzial **aller** Schülerinnen und Schüler abzurufen und zu fördern. Nationale und internationale Vergleichsstudien haben gezeigt, dass gegliederte Schulsysteme dazu nicht in der Lage sind. Auch das viergliedrige Bremer Schulsystem offenbart, dass die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler nicht ausgeschöpft wird. Besonders bedrückend ist die Kopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg im bremischen Schulwesen.

Da wir aber realistischerweise davon ausgehen, dass im Land Bremen kein abrupter Systemwechsel politisch möglich ist, wird das Schulwesen der Zukunft aus den bestehenden Schularten entstehen, indem jetzt bestehende Schulen schrittweise zur Gesamtschule weiter entwickelt werden. Die Vielgliedrigkeit wird so sukzessive reduziert und ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht.

Unserer Meinung nach müssten deshalb in einem ersten Schritt folgende Maßnahmen zur Veränderung des bremischen Schulwesens spätestens ab dem Schuljahr 2009/10 umgesetzt werden:

1. Jede Schule ist verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler, die sie aufgenommen hat, zu behalten und zu fördern. Es gibt keine sogenannte Abschulung mehr.
2. Alle Abschlüsse können an jeder Schulart erworben werden.
3. Durch Anreize in Form der Zuweisung von zusätzlichen LehrerInnenstunden, durch Beratung und durch Fortbildung werden Schulen motiviert, den Unterricht in heterogenen Lerngruppen zu praktizieren und auszuweiten.
4. Das Sitzenbleiben wird abgeschafft.

5. Es werden keine neuen Gymnasien errichtet. Die Kapazität der durchgängigen Gymnasien wird nicht erweitert.
6. Im Schulgesetz werden rechtliche Rahmenbedingungen zur Umgestaltung des Schulwesens zur Gesamtschule hin festgeschrieben.

Wenn dieser Prozess der Umgestaltung des Schulwesens erfolgreich verlaufen, die Weiterentwicklung der bestehenden Gesamtschulen und Integrierten Stadtteilschulen gesichert und vorangetrieben werden soll, so ist es unseres Erachtens nötig und sinnvoll, eine fachlich kompetente Beratung und Begleitung seitens der Behörde bereitzustellen. Zurzeit ist die Betreuung durch die Schulaufsicht für viele Gesamtschulen nicht zufriedenstellend. Notwendig ist eine Schulaufsicht, die sich ausschließlich mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung von Gesamtschulen befasst, konsequent ihre Interessen vertritt und sie fachlich kompetent berät. So wird dieser Bildungsgang gegenüber dem gymnasialen langfristig konkurrenzfähig bleiben.

Die Anwahlzahlen der 6 neuen Gesamtschulen in den vergangenen Jahren, die sich von einem Schulzentrum in eine Gesamtschule umgewandelt haben, verdeutlichen, dass sie von den Eltern nicht so akzeptiert werden, wie ursprünglich von den Beteiligten angenommen wurde. Eine Ursache liegt unserer Meinung nach darin, dass dieser Umwandlungsprozess nicht gründlich genug vorbereitet wurde. Es wurde vor allem nicht deutlich genug herausgestellt, dass das gegliederte Schulsystem abgelöst wurde von einer Schule für alle Kinder, die sich zum Ziel gesetzt hat, Kinder nicht auszusondern, sondern entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten zu fördern.

Bei der Einrichtung von neuen Gesamtschulen sollten zukünftig folgende Verfahrensschritte Anwendung finden:

1. Jede Gesamtschule wird neu gegründet. Sie beginnt mit der Jahrgangsstufe 5 und wächst schrittweise hoch.
2. Mindestens ein Schuljahr, bevor die Gesamtschule ihre Arbeit aufnimmt, wird eine Planungsgruppe eingerichtet. Die in dieser Gruppe tätigen Lehrkräfte erhalten für die Dauer der Planungsarbeit angemessene Entlastung.
3. Die Planungsgruppe erarbeitet ein pädagogisches Konzept, das mit der Schulbehörde abgestimmt wird.
4. Die Planungsgruppe bereitet den Start der neuen Gesamtschule vor.

Dies sind sehr detaillierte Vorschläge, die aber unumgängliche Bedingungen sind, sollen neue Gesamtschulen erfolgreich arbeiten. Sie sind u.a. erwachsen aus einer mittlerweile dreijährigen Zusammenarbeit der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule Bremen mit den Schulleitungen dieser sechs neuen Gesamtschulen.

LINKLISTE

Schulportal Bremen

<http://www.schule.bremen.de>

Schulportal Bremerhaven

<http://www.stabi.hs-bremerhaven.de/>

Landesinstitut für Schule

www.lis.bremen.de

Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven

<http://www.stabi.hs-bremerhaven.de/lfi/>

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

www.bildung.bremen.de

Externe Evaluation 2007 – Empfehlungen an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

<http://www2.bildung.bremen.de/sfb/behoerde/deputation/depu/l25v17a1.pdf>

Elternvertretungen in Bremen und Bremerhaven

<http://www.zeb-bremerhaven.de/>

www.zeb-bremen.de

Weitere spannende Links:

<http://www.gew-hb.de/Schulentwicklung.html>

www.gew-hb.de

www.ggg-bund.de

www.aktion-humane-schule.de

www.verband-sonderpaedagogik.de

www.grundschulverband.de

www.laenger-gemeinsam-lernen.de

Bremer Jugendinformationen:

www.jugendinfo.de

Das schwedische Bildungswesen:

http://www.sverige.de/lexi/lexi_bild.htm

Auszug zum Thema Bildung aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung:

http://www.gruene-remen.de/cms/files/dokbin/187/187377.koalitionsvertrag_20072011.pdf